

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 11 (1931-1932)
Heft: 1

Artikel: Krisenabwehr, ein nationales und internationales Macht- und Kampfproblem
Autor: Huggler, August
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-331049>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 14.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

LSGK

(NHR)

SEPTEMBER 1931

HEFT 1
11. JAHRGANG

ROTE REVUE

SOZIALISTISCHE MONATSSCHRIFT

HERAUSGEBER: SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DER SCHWEIZ

Krisenabwehr, ein nationales und internationales Macht- und Kampfproblem.

Von August Huggler, Bern.

Wenn es neuer Beweise dafür bedürfte, daß Klassenherrschaft und Klassenkampf keine bösen Erfindungen sozialistischer Agitatoren, sondern leider sehr reale Tatsachen sind, könnten die bisherigen Erfahrungen mit den Krisenabwehrmaßnahmen der bürgerlichen Welt sie in reichem Maße liefern.

Die Ende Mai 1927 in Genf versammelte *Weltwirtschaftskonferenz*, an welcher 194 Delegierte und 157 Experten aus 50 Staaten teilgenommen haben, hatte sich zur Aufgabe gestellt, die wirtschaftliche Lage in Handel, Industrie und Landwirtschaft zu prüfen, die auf den einzelnen Gebieten bestehenden Schwierigkeiten festzustellen sowie die Vorschläge für geeignete Abwehrmaßnahmen auszuarbeiten und den Staaten zur Durchführung zu empfehlen. Trotzdem die Konferenz, um sich von jedweder doktrinären Einstellung freizuhalten, einer auf die Fundamentalursachen zurückreichenden Untersuchung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten auswich und grundsätzlich fest auf dem Boden bürgerlicher Weltanschauung und Privatwirtschaft blieb, hat sie eine Reihe von Feststellungen über die Schwierigkeiten der Weltwirtschaft und Mittel zur Abhilfe gemacht, denen wir zustimmen können. Dies gilt speziell für die *schädlichen Wirkungen der zur Zeit fast allgemein geübten Zollpolitik*, ferner für die Erklärungen und die Schwierigkeiten im internationalen Güteraustausch, über den *Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Prosperität und Weltfrieden* und die *Notwendigkeit allgemeiner militärischer und zollpolitischer Abrüstung*.

Was die Berichte und Resolutionen im einzelnen über diese Punkte sagen, ist mutig, klar und könnte kaum zutreffender formuliert werden. Die Weltwirtschaftskonferenz konnte und wollte keine verbindlichen Beschlüsse fassen, das ist ja

gerade ihr Uebel, daß sie sich auf Empfehlungen beschränken mußte.

Wie dem Völkerbund, fehlt auch diesen Konferenzen die Möglichkeit, für die Durchführung ihrer Vorschläge (Empfehlungen) selber zu sorgen. Auch fehlt der Mut, von zuständiger Stelle aus laut und deutlich genug an die Völker zu appellieren, damit diese endlich auf Beseitigung der materiellen Kompetenzlosigkeit solcher Versammlungen dringen. So machen die einzelnen Staaten aus solchen Empfehlungen, was sie wollen.

Die skandinavischen Länder, Dänemark, Holland und Belgien, machten schwache Versuche, ihre Handels- und Zollpolitik in der von der Weltwirtschaftskonferenz bezeichneten Richtung zu orientieren, desgleichen England, das sich schon vorher stets gegen übertriebene Schutzzölle wehrte. — Sie fanden jedoch bei den andern Staaten keine Unterstützung. — Die amerikanischen Staaten, ferner Frankreich, Polen, die Tschechoslowakei, die Schweiz und in neuerer Zeit auch Deutschland, orientieren sich zollpolitisch in entgegengesetzter Richtung, das heißt sie erhöhen die Zölle, komplizieren und verschärfen ihre Zolltarifgesetze und Abfertigungsverfahren.

Wenn nun auch strikte Befolgung der Richtlinien und Empfehlungen der Weltwirtschaftskonferenz bei weitem nicht mit Verhinderung des Ausbruchs der Weltwirtschaftskrise identisch wäre, so hätte erstere doch eine Milderung und vor allem eine raschere Ueberwindung der Katastrophe bewirken können, die seit 2½ Jahren die Weltwirtschaft und dadurch den Großteil der Menschheit heimsucht.

So bleibt das *Abkommen für wirtschaftliche Annäherung der nordischen Staaten mit Holland und Belgien*, durch das die Beteiligten sich im wesentlichen verpflichten, neue Zoll erhöhungen nicht vorzunehmen, ohne den andern, am Abkommen Beteiligten, Gelegenheit geboten zu haben, eventuelle Einwendungen gegen die geplanten Zollerhöhungen zur Geltung zu bringen, beinahe das einzige greifbare Ergebnis der Weltwirtschaftskonferenz. Meinetwegen mögen auch die umfassende Materialsammlung, die Studienarbeiten und die Bemühungen für internationalen Ausbau und Vereinheitlichung der Wirtschaftsstatistik noch als solche betrachtet werden. Das ist aber auch alles.

Die Schaffung einer *internationalen Kreditanstalt zur Hilfeleistung an die osteuropäische Landwirtschaft* kann kaum als eigentliches Ergebnis der Weltwirtschaftskonferenz gebucht werden. Sie ist mehr dem Umstand zu danken, daß namentlich Frankreich daran interessiert ist, die russischen Randstaaten und die Balkanländer (vorwiegend Agrarländer mit etwas rückständigen Produktionsmethoden) lebens- und wehrfähig zu erhalten. — Auf dem politischen Schachbrett war das Projekt Briand, dessen Bestandteil diese Gründung ist, bekanntlich als

Gegenzug gegen das Projekt (Schober-Brüning) *österreichisch-deutsche Zollunion* in Bewegung gesetzt.

Die an sieben europäische Staaten gerichtete *Anregung der britischen Regierung, die Zölle auf einer Reihe wichtiger Positionen herabzusetzen*, hat keine freundliche Aufnahme gefunden. Es ist um diese Sache ebenso still geworden wie um das *Projekt eines allgemeinen Zollwaffenstillstandes*. Mit den Plänen und Ideen für eine *europäische Zollunion, Paneuropa* und dergleichen wird es kaum anders gehen, solange fast überall Vertreter und Sachwalter jener Klassen am Ruder sind, denen unbegrenztes Privateigentum und Privatwirtschaft viel wertvoller scheinen, als Wohlstand und Frieden für alle Menschen zu sichern.

*

Das *Internationale Arbeitsamt* erklärt in seinem in der «Internationalen Rundschau der Arbeit» (Juni 1931) erschienenen Bericht über die Arbeitslosigkeit, es sei Sache der Wirtschaftsorganisation des Völkerbundes, für Europa sowie für die ganze Welt nach Mitteln zu suchen, durch die der Krise begegnet werden kann und entsprechende Vorschläge zu machen. — Da werden Europa und die ganze Welt lange warten müssen, bis sie aus der Krise heraus sind! — Immerhin, erklärt das Internationale Arbeitsamt weiter, sei es verpflichtet, sich um den Schutz der Arbeitnehmer gegen Arbeitslosigkeit und deren Bekämpfung zu kümmern.

Von den hierzu gehörenden Fragen, die im erwähnten Bericht besprochen werden, Ausbau der Arbeitslosenversicherung und der Arbeitsvermittlung, internationale Wirtschafts- und Konjunkturstatistik auf einheitlichen Grundlagen, Wanderung und internationaler Austausch der Lohnarbeiter, Aktion für Arbeitsbeschaffung usw., interessiert uns besonders die letztere. Der vom Internationalen Arbeitsamt eingesetzte Ausschuß für die Frage der Arbeitslosigkeit hat u. a. darauf hingewiesen, daß *die Regierungen die Möglichkeit hätten, sich durch Vermittlung der Organe des Völkerbundes über gemeinsame Ausführung großer öffentlicher Arbeiten von internationalem Interesse zu verständigen*. U. a. habe der amerikanische Ingenieur Dannil-Heinemann erklärt, daß Europa nur dann zu ausgeglicheneren und gefestigten wirtschaftlichen Verhältnissen gelangen könne, wenn es seine Wege internationalen Austausches, dem Beispiel der Vereinigten Staaten entsprechend, das Straßennetz und die Eisenbahnen weiter ausbaue.

Schließlich gibt das Internationale Arbeitsamt noch der Meinung Ausdruck, es sei noch nicht an der Zeit, ein *internationales Programm der öffentlichen Arbeiten* aufzustellen. (Was muß noch passieren, bis diese Zeit da ist?) Immerhin will es auf gewisse Ideen hinweisen. Als solche werden bezeichnet: *Ausbau eines internationalen Straßensystems und der Schiff-*

fahrtswege, internationale Uebertragung der elektrischen Kraft, Einführung der automatischen Kuppelung auf sämtlichen Eisenbahnen. Großzügige Inangriffnahme dieser Werke würde einem beträchtlichen Teil der Arbeitslosen Verdienstgelegenheit verschaffen, meint das Internationale Arbeitsamt. Das meinen wir auch. Wenn überdies in den einzelnen Staaten die wilden Bergwasser, im Tiefland die Flüsse korrigiert würden, wenn zu Stadt und Land ausreichend hygienische und komfortable Wohnungen gebaut würden, wenn über Europa hinaus durch internationale Aktion, das heißt in China, Indien, Amerika und Afrika, dringend notwendige Regulierung der großen Flüsse, Eisenbahnbauten und andere ebenso notwendige Kulturarbeiten großzügig in Angriff genommen werden könnten, dann wäre Arbeit in Hülle und Fülle vorhanden. *Für Jahrzehnte brauchte es keine Arbeitslosen mehr zu geben.*

Aber das ist ja der Jammer in der bürgerlich-kapitalistischen Wirtschaft. Zuerst werden die besitzlosen Massen als Arbeiter und Konsumenten von den Besitzenden ausgebeutet, das heißt sie erhalten zuwenig Lohn und müssen zu hohe Preise zahlen. So können sie nicht der steigenden Produktionsleistung entsprechend die auf den Märkten angebotenen Waren kaufen. Daher stockt der Absatz. Millionen werden arbeits- und verdienstlos, leiden Mangel in einer Zeit, wo große Mengen Lebensmittel, Rohstoffe und Bedarfsartikel, gelegentlich sogar Produktionsmittel und Einrichtungen vernichtet werden, weil keine für die Besitzer rentable Verwendung dafür vorhanden ist. *Das bei wenigen Privatbesitzern konzentrierte Kapital wird in Krisenzeiten wegen zu großer Risiken und zu geringer Gewinnchancen zurückgehalten, das heißt es steht, wo es am notwendigsten wäre, am meisten nützen könnte, den Allgemeininteressen nicht zur Verfügung, und den ausgepowerten Massen fehlen die Mittel, große Kulturarbeiten zu finanzieren.* Das ist der Grund, warum die Arbeitslosen ohne Beschäftigung bleiben, warum die Krise fort dauert oder sogar sich ausdehnt, trotzdem es an Möglichkeiten, nützliche Kulturarbeit zu leisten, eigentlich nirgends mangelt.

*

Die gewerkschaftliche und die politische Internationale (IGB. und SAI.) haben in gemeinsamen Beratungen (Sommer und Herbst 1930, Frühjahr 1931 und am Wiener Kongreß) zu dieser Sachlage ebenfalls Stellung genommen. Der Wiener Kongreß der Sozialistischen Internationale (Juli 1931) bestätigte in seinen von Genosse Grimm begründeten Beschlüssen im großen und ganzen die bereits Ende Januar von der gemeinsamen Kommission über die Weltwirtschaftskrise und Mittel zur Abhilfe gefaßte Schlußresolution.

Die wichtigsten Postulate, die in dieser Resolution begründet und für die zu kämpfen eine Aufforderung an die

Arbeiter aller Länder gerichtet wird, sind: *Energische Abwehr gegen Lohnkürzungen, Verkürzung der Arbeitszeit, Organisation des Arbeitsmarktes, bezahlte Urlaube, Heraufsetzung des Schulentlassungsalters, Investitionsprogramm für öffentliche Arbeiten in Krisenzeiten, Ausbau der Arbeitslosenversicherung, staatliche Kontrolle und weitgehende Publizität über Kartelle und Trusts.*

Diese Postulate gehen weiter als die Empfehlungen der Wirtschaftskonferenz oder die des Internationalen Arbeitsamtes und würden, allgemein und konsequent verwirklicht, sicher zur Ueberwindung der Krise viel beitragen.

Eines dieser Postulate, Heraufsetzung des Schulentlassungsalters, scheint mir als Mittel der Krisenabwehr von problematischem Wert. Wohl würden dadurch (die Schweiz als Beispiel genommen) einige zehntausend jugendliche Arbeitskräfte ein Jahr länger durch die Schule vom Erwerbsleben ferngehalten und einige hundert Lehrkräfte mehr würden im Schuldienst benötigt. Diesem Vorteil steht als Nachteil die unerfreuliche Tatsache gegenüber, daß ebenso vielen meist armen Familien ein, wenn auch bescheidener, Jahresverdienst entgeht. Die hieraus resultierende Schwächung der Kaufkraft würde den wirtschaftlichen Gewinn der Heraufsetzung des Schulentlassungsalters im Hinblick auf die Krise nahezu aufheben. Ein wirksameres Mittel wäre die *Pensionierung aller über sechzig Jahre alten Arbeiter und Arbeiterinnen*, die auf Erwerb angewiesen sind. Dies würde dem Erwerbsleben der Schweiz etwa 40,000 bis 45,000 Arbeitskräfte entziehen. Aber eine Pensionierung in der Höhe von nur 1500 Franken für alleinstehende und 2000 Franken jährlich für Ehepaare würde den schweizerischen Staat gegen 75 Millionen Franken jährlich kosten. Wenn niemand es wagt, diese sehr wirksame Maßnahme vorzuschlagen, so vermutlich deshalb, weil man vor den finanziellen Lasten, die ihre Durchführung zur Folge hat, erschreckt.

Ferner könnte *international organisierter Aufkauf der im Handel unverkäuflichen Warenstocks und Verteilung unter die Arbeitslosen und an von Naturkatastrophen heimgesuchte Völker* die Not dieser letztern bedeutend lindern und den Produzenten gute Dienste leisten.

Ob es sich um derartige Maßnahmen handelt oder andere, wie Verkürzung der Arbeitszeit, Ausführung großer Kulturwerke, starke Zollreduktionen, die einer Krise wirksam abhelfen könnten, ihre Durchführung setzt zwei Bedingungen voraus: *Internationale Verständigung zu gemeinsamer oder Parallelaktion*, ferner *Milliardenkredite*. Aber gerade über diese wichtigen Voraussetzungen (Internationalität des Problems und Beschaffung der nötigen Finanzmittel) äußern sich die Berichte der Weltwirtschaftskonferenz, des Internationalen Arbeitsamtes

und der Arbeiterinternationalen entweder gar nicht oder zu wenig.

Ohne starke *Besteuerung der Uebergewinne und Tantiemen* können der Ausbau der Arbeitslosenversicherung, Pensionierung alter Arbeiter und Reduktionen der Zölle in dem Maße, wie es die Krisenabwehr erfordert, nicht durchgeführt werden. Ohne *internationale Zwangsanleihe für Krisenabwehr* können die zur Ausführung großer Kulturarbeiten in Europa, Amerika, Asien und den Kolonien erforderlichen 20 bis 25 Milliarden nicht zusammengebracht werden. Im Krieg sind jährlich mindestens 140 Milliarden verbraucht worden. Die Weltwirtschaftskrise bedeutet jährliche Verluste von 110 Milliarden mindestens. Dennoch werden die Privatbesitzer ohne Zwang von ihrem 300-Milliardenbesitz keine einzige Milliarde für Krisenabwehr hergeben. Auch die *wirksame Abwehr der Lohnkürzungen* und die *Verkürzung der Arbeitszeit im Sinne der Krisenabwehr* kann nur als *international durchgeführte Parallelaktion verwirklicht werden*.

Damit ist nicht gemeint, daß alle großen und kleinen Länder restlos mitmachen müssen. Vor allem lag uns daran, zu zeigen, daß, abgesehen etwa von den Vereinigten Staaten, Frankreich und Großbritannien, kaum ein Land imstande wäre, aus eigener Kraft die Wirtschaft richtig anzukurbeln und die Mittel aufzutreiben, großzügige Krisenabwehr zu finanzieren.

Jedenfalls sind auch zoll- und steuerpolitisch einschneidende Maßnahmen im Sinne der Krisenbekämpfung nur bei Zusammenwirken ganzer Staatengruppen möglich. Das gleiche gilt von einer erfolgreichen *Gesetzgebung gegen Preisdiktate internationaler kapitalistischer Verbindungen*. Einzig gegen die übersetzten Spesen und Gewinne im Handel und Zwischenhandel könnte unabhängig vom Ausland vorgegangen werden, wenn die an der Macht stehenden Klassen dies wollten.

Somit fehlt es kaum an Vorschlägen, Postulaten, Projekten, Empfehlungen und Resolutionen. *Was überall fehlt, ist die Macht der Besitzlosen und Notleidenden, die wirtschaftlichen und politischen Zustände so zu gestalten, daß die Weltkrise verschwindet* und keine neuen mehr entstehen. Was ferner fehlt, ist *bei den Arbeiter- und Angestelltenmassen die Einsicht, daß um diese Macht mit den Besitzenden gekämpft werden muß, daß ohne Organisation und Kampf auf wirtschaftlichem und politischem Boden keine einzige der wirksamsten Krisenabwehrmaßnahmen zu verwirklichen ist*.

Sie haben nur die Wahl, *entweder sich zu organisieren und den unvermeidlichen Kampf aufzunehmen oder als Opfer der Reichen und Mächtigen dieser Welt kläglich zugrunde zu gehen*. In solchen Zeiten mehr als je darf internationale Klassensolidarität kein bloßes Schlagwort sein.